



PRESSEINFORMATION

Bremen, 23. März 2015

Mehr Mut in der Gesundheitspolitik

Forderungen der Bremer Ärzteschaft zur Bürgerschaftswahl 2015

Die Bremer Ärzteschaft wünscht sich von der kommenden Landesregierung mehr Mut, die Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung gemeinsam mit den Ärztinnen und Ärzten im Lande Bremen anzugehen. Gefragt seien Lösungen, die den Freien Beruf des Arztes/der Ärztin in Klinik und Praxis stärken. Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen verabschiedete jetzt einen Katalog mit gesundheitspolitischen Forderungen zur Bürgerschaftswahl 2015.

Die Delegierten forderten, bei der Krankenhausplanung die Strukturqualität objektivierbar zu verbessern, zum Beispiel durch ausreichende Ausstattung mit Personal für Pflege und ärztlichen Dienst. Das werde sich nachweisbar sofort positiv auf die Patientenversorgung auswirken. Der identifizierte Bedarf muss sicher finanziert werden. Von Bedeutung sei dabei auch die überregionale Funktion und Aufgabe der bremischen Krankenhäuser.

Die Krankenhausprivatisierung in Bremerhaven entlässt den Staat nicht aus seiner Verantwortung, legten die Delegierten dar. Bremen müsse die Chance nutzen, Neues zu wagen, um die wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung für Patienten aus der ganzen Region sicherzustellen.

Eine bedarfsgerechte wohnortnahe fach- und hausärztliche Versorgung der Bevölkerung könne angesichts des weiter zunehmenden Fachkräftemangels nur sichergestellt werden, wenn sie durch alle Ärztinnen und Ärzte in Klinik und Praxis erfolgt. Angesichts der in Bremen und Bremerhaven rückläufigen Zahl von Hausärzten fordert die Ärztekammer alle Verantwortlichen auf, die hausärztliche Versorgungsebene zu stärken und dabei auch innovative Lösungsansätze zu fördern.

Schließlich forderten die Delegierten, die gute Zusammenarbeit zwischen der Ärztekammer und der senatorischen Behörde bei der Integration ausreichend qualifizierter ausländischer Ärztinnen und Ärzte fortzusetzen, auch mit dem Ziel, ein bundeseinheitliches Vorgehen hinsichtlich der Überprüfung der Qualifikationen zu fördern. Die Ärztekammer wünscht sich, dass sich die Landespolitik bei Gesetzgebungsverfahren des Bundes für einen breiteren Einbezug der Ärztekammern und der Bundesärztekammer einsetzt.

Der komplette Forderungskatalog der Bremer Ärzteschaft zur Bürgerschaftswahl 2015 steht auf der Internetseite der Ärztekammer auf https://www.aekhb.de/ueber_uns/1/4/index.html zum Nachlesen und Herunterladen bereit.